



**Zustellung per PZU**

Herr  
Peter Fitzek  
Gartenstraße 13  
OT Nudersdorf  
06889 Lutherstadt Wittenberg

Buergerbuero@Wittenberg.de  
www.Wittenberg.de

26.10.2010

bitte immer angeben  
IS-0 eich-bl

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht vom

**Erteilung eines Hausverbots**

Sehr geehrter Herr Fitzek,

im Rahmen des mir zustehenden Hausrechts erteile ich Ihnen hiermit Hausverbot.

**Räumlichkeiten:**

Das Hausverbot bezieht sich auf das gesamte Gebäude „Neues Rathaus“, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

**Geltungsdauer:**

Das Hausverbot wird zunächst für eine Dauer von sechs Monaten befristet und endet somit am 26.04.2011.

**Klärung Ihrer Angelegenheiten:**

Damit sichergestellt ist, dass Sie Ihre Angelegenheiten in der Stadtverwaltung in angemessener Weise bis zum 26.04.2011 wahrnehmen können, wird Ihnen bei Regelungsbedarf die Möglichkeit eingeräumt, nach vorheriger telefonischer Anmeldung und Terminabsprache unter der Telefonnummer 03491/421-400 Ihre Anliegen durch persönliches Erscheinen im Rathaus vorzutragen.

**Zu widerhandlung:**

Bei Zu widerhandlung gegen das Hausverbot sehe ich mich leider gezwungen, Anzeige wegen Hausfriedensbruch nach § 123 StGB zu erstatten.

**Begründung:**

Am 04.10.2010 sprachen Sie gegen 11.15 Uhr wegen einer gegen Sie eingeleiteten Vollstreckungsmaßnahme zunächst bei der Mitarbeiterin Frau Carolin Rehahn vor. Gemeinsam mit Frau Rehahn suchten Sie sodann die Mitarbeiterin Frau Kirsten Theile in deren Büro auf. Dort kam es zu einer längeren Diskussion. Als Frau Theile telefonisch den Fachbereich Innerer Service

informieren wollte, drückten Sie das Telefon aus. Auf die Aufforderung, das Telefon nicht zu berühren, reagierten Sie laut und unbeherrscht. In der Folge erklärten Sie, dass Sie Frau Theile gem. § 127 StPO vorläufig festnehmen wollen. Dabei haben Sie Frau Theile tätlich angegriffen und am rechten Unterarm verletzt (Kratzwunden und Druckstellen). Sie haben Frau Theile das Wort verboten und beleidigende Äußerungen getätigt. Es kam sodann zu einem erneuten tätlichen Übergriff auf Frau Theile durch Anpacken am Arm. Auf mehrfache Aufforderungen, das Büro zu verlassen, haben Sie nicht reagiert. Der Bürgermeister Herr Zugehör forderte Sie daraufhin zum Verlassen des Hauses auf und erteilte Ihnen Hausverbot. Trotz des erteilten Hausverbots kamen Sie an diesem Tag noch einmal in das Neue Rathaus, um Frau Theile aufzusuchen. Hier äußerten Sie sich dahingehend, dass die Mitarbeiterin selbst schuld sei, weil sie sich gewehrt habe.

Am 19.10.2010 kam es gegen 10.30 Uhr zu einem weiteren Zwischenfall. Diesmal suchten Sie die Mitarbeiterin Frau Carolin Rehahn auf. In dem Gespräch drohten Sie an, dass Sie „beim nächsten Besuch nicht allein kommen, sondern mit 10 Mann und Handschellen“.

Am 12.02.2009 und 13.02.2009 war es bereits zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Auch damals beabsichtigten Sie, die Mitarbeiter der Vollstreckung zu „verhaften“, bedrohten und beschimpften die Mitarbeiter.

Nach alledem haben Sie meine Mitarbeiter mehrfach beleidigt, bedroht und angegriffen. Dies wird nicht geduldet. Zum Schutz der Mitarbeiter vor weiteren Übergriffen wird das Hausverbot angeordnet.

Es liegt nicht nur im Interesse eines störungsfreien Dienstbetriebes, sondern auch im Interesse der Mitarbeiter und anderer Besucher des Neuen Rathauses gegenüber Personen, die Mitarbeiter bedrohen, beleidigen und angreifen, Maßnahmen zum Schutz des Dienstbetriebes zu ergreifen.

Das Hausverbot ist auch verhältnismäßig. Das öffentliche Interesse an einem reibungslosen Dienstablauf innerhalb der Verwaltung überwiegt Ihre privaten Interessen an einem individuellen Zugang zum Neuen Rathaus. Durch Ihren Übergriff und Ihr Verhalten haben Sie gezeigt, dass Sie nicht willens und in der Lage sind, Rechtsgüter anderer Personen zu respektieren. Da nach Ihrem bisher gezeigten Verhalten auch in Zukunft wieder mit Störungen zu rechnen ist, ist das Hausverbot erforderlich, um erneute Vorfälle zu verhindern. Sie haben bei allen Ihren bisherigen Vorsprachen in der Verwaltung vollkommen unangemessen reagiert; es besteht damit eine Wiederholungsgefahr für die Zukunft. Ein milderer Mittel als das Hausverbot ist nicht ersichtlich.

Zur Regelung Ihrer Angelegenheiten sind Ihnen Möglichkeiten eingeräumt worden. Sie können auch eine andere Person bevollmächtigen, die im Neuen Rathaus vorsprechen kann.

#### **Anordnung der sofortigen Vollziehung:**

Die sofortige Vollziehbarkeit dieser Anordnung wird gemäß § 80 Absatz 2 Nr. 4 VwGO angeordnet.

Die sofortige Vollziehung steht im besonderen öffentlichen Interesse.

Mit Ihrem Verhalten haben Sie meine Mitarbeiter beleidigt, bedroht und angegriffen. Zum Schutz meiner Mitarbeiter ist es notwendig, dass Sie sich für den oben angegebenen Zeitraum von den betreffenden Räumlichkeiten fernhalten. Um sofortigen Schutz meiner Mitarbeiter vor weiteren Übergriffen zu gewährleisten, war der Sofortvollzug anzuordnen. Das Interesse am Sofortvollzug ist insofern identisch mit dem Interesse am Erlass des Hausverbots.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg, Lutherstraße 56 in 06886 Lutherstadt Wittenberg schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Widerspruch nach § 80 Absatz 2 Nr. 4 VwGO keine aufschiebende Wirkung bzgl. des sofortigen Vollzugs des Hausverbots entfaltet.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann beim Verwaltungsgericht Halle, Thüringer Straße 16, 06112 Halle Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Naumann

Peter Fitzek  
Gartenstraße 13  
06889 Wittenberg-OT Nudersdorf

Wittenberg, 2.11.2010

Oberbürgermeister Eckhard Naumann  
Stadtverwaltung Wittenberg  
Lutherstraße 56  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Sehr geehrter Herr Naumann,

vielen Dank für Ihr persönliches Schreiben vom 26.10.2010.

Hiermit widerspreche ich Ihrer "Erteilung eines Hausverbots"

Auch für mich ist diese Angelegenheit nicht erfreulich. Leider habe ich in der Vergangenheit schon öfters versucht, ein konstruktives Gespräch mit Ihnen oder einem Mitglied Ihrer Verwaltung zu führen. Bisher sind diese Versuche jedoch immer nur oberflächlich und fruchtlos geblieben, da es den Menschen in Ihrer Verwaltung entweder an Kenntnissen fehlt, sie vielleicht auch überarbeitet sind oder auch kein Interesse an konstruktiven Gesprächen für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, oder auch nur wirkliches Interesse an den Problemen vieler Bürger haben.

Dabei verlangt die Gemeindeordnung schon im § 1, die Verwaltungstätigkeit am Ziel auszurichten, das Wohl der Einwohner zu fördern.

Wiederholt bot ich Gespräche für die Lösung einiger Probleme der Stadt Wittenberg als auch im Landkreis an. Ich versuchte schon im Landkreis einen freien Kindergarten und eine freie Schule mit anschließenden Ausbildungen ins Leben zu rufen, um zu helfen das Bildungs- und Ausbildungsproblem zu lösen. Aber man holt lieber Ausländer ins Land, anstatt die eigenen Kinder zu fähigen Fachkräften auszubilden oder verkaufte die (immer noch leer stehende) Schule in Apollensdorf, als ich im Urlaub war, im Internet zum gleichen Preis wie mein Angebot. Da merkte ich, an Freiheit hat hier anscheinend keiner Interesse.

Auch andere Angebote machte ich, um als Bürger dieser Stadt meinen Beitrag zu leisten dem Gemeinwohl zu dienen und die Systeme, die vielfach sogar Straftatbestände erfüllen, verändern zu helfen.

Meistens werde ich von überarbeiteten, ignoranten oder egobehafteten Mitarbeitern abgewiesen. Kaum jemand möchte wirklich zuhören und etwas Sinnvolles gestalten. Hilflosigkeit macht sich da breit. Jedoch ist nicht jeder so, es gibt auch viele gute Menschen in Ihrer Verwaltung.

Auch wollte ich, um die Stadt finanziell zu entlasten, die Spielplätze der Stadt mit der Arbeitskraft von unseren Vereinsmitgliedern, lediglich mit einem Kostenbeitrag von der Stadt für die Materialien, instand setzen und erhalten (siehe **Anlage 1**), nun geben Sie wohl etwa 100.000 Euro aus den von den Menschen erarbeiteten Steuermitteln für die Sanierung aus. Wird so verantwortungsbewußt mit dem Geld anderer Menschen umgegangen?

Ich bot der Stadt auch mehrmals eine Zusammenarbeit an, um mit Überschüssen aus unseren Strukturen Gelder in den Stadthaushalt für gemeinwohlorientierte Projekte, Jugendarbeit usw. einzustellen und anderes mehr. Bislang wurde ich jedoch immer abgewiesen, hingehalten, ignoriert oder belogen.

Wie paßt das zum Art. 14 (2) GG:

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen"?

Wie paßt das zu § 1 der Gemeindeordnung? Und da wundert man sich dann über eingeworfene Scheiben bei der Sparkasse, Graffitis an den Häusern und herumlungernde Jugendliche.

Mehrfach wies ich sowohl Sie als auch die Mitarbeiter in Ihrer Verwaltung darauf hin, im Falle von nicht gewünschten positiven Veränderungen zum Wohle der Allgemeinheit von ihrer Verwaltung, mich meine Arbeit im Dienste am Allgemeinwohl machen zu lassen und Ihre behauptete Zuständigkeit zu hinterfragen. Mehrfach wies ich Sie darauf hin (z.B. mit Schreiben vom 31.08.2009), daß ich kein Personal der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (s. Art.133 GG) bin. Ich kann es ethisch nicht mehr vertreten und nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, an

einer Gesellschaft mit derartig destruktiven Systemen weiterzuarbeiten und diese auch noch mitzufinanzieren. Das ist, als ob ich denen, die die Menschen betrügen, auch noch weiterhin das Geld und die Kraft geben würde, weiterhin so zu handeln. Soll es richtig sein, denen Geld und Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, die schon einen großen Teil der Gelder veruntreut haben? Ich denke nein. Meckern hat aber keinen Sinn. Bessermachen ist nötig. Herr Dübner (PDS – Stadtrat in WB) hat mal zu mir gesagt: "Besserwisser haben wir eine Menge, Bessermacher nicht."

Und jetzt kommen wir zu den Gründen für mein Handeln:

Weil ich mich von den bedenklichen Systemen und seinen Handlangern distanzieren und lösen möchte, habe ich schon vor langer Zeit begonnen, Alternativen zu den bestehenden Systemen zu entwickeln, habe diese umgesetzt und lebe sie vor. Nicht alle Menschen verstehen das oder wollen es verstehen. Es gibt auch Neider, wie mir schon zugetragen wurde und es gibt auch Menschen, die nicht gerade freundlich von ihrer Gesinnung sind. Diese Menschen machen mir manchmal ein wenig Angst. Vor allem, wenn sie in Positionen sitzen, die es Ihnen erlauben, schikanös meine Aufbauarbeit zu erschweren oder gar zu sabotieren.

Ich bin nicht der Mensch der schnell aufgibt, oder schlecht von Anderen denkt, aber ich habe auch schon erfahren dürfen, daß es nicht nur nette und ehrliche Menschen gibt.

Um auch mit diesen (die sich vielleicht nur noch nicht mit den Hintergründen beschäftigt haben) und den überarbeiteten oder ignoranten Menschen klarzukommen und trotz allem Besseres zu gestalten, versuche ich immer erst freundlich auf alle zuzugehen.

Hilft das nicht und fühle ich mich mehrfach abgewiesen oder gar bedroht, sehe ich mich leider gezwungen, scheinbare "Rechtsverletzungen" zu begehen. So müssen sich die Menschen in den Dienststellen dann "zwangsweise" damit, mit dem was ich tue und mit mir, auseinandersetzen. Ich sehe dann kaum noch eine andere Möglichkeit. Es ist das letzte Mittel.

"Wer nicht hören will, muß fühlen", hat meine Mutter immer gesagt.

Ich tue dies aber nur, wenn Menschen Ihrer Verwaltung von selbst in meine oder die Rechtsphäre einer der Vereine eindringen, für die ich tätig bin, und meine Aufbauarbeit im Dienst an allen Menschen gefährden.

Ich habe Möglichkeiten geschaffen, damit wir als Deutsches Volk wieder zu einem echten Staat kommen, der eine gewählte Verfassung, legitimierte hoheitliche Gewalt, eine freiheitlich demokratische Grundordnung (die schon vielfach längst abgeschafft ist und nur noch auf dem Papier existiert) besitzt und der über seine Finanzen in Unabhängigkeit wieder selbst befinden kann, wenn die Menschen diese Dinge erkennen und mit gestalterisch tätig werden. Einige Menschen, die in einflußreichen Stellen sitzen, sehen dies ähnlich wie ich. Ich werde dies tun und bewirken, nichts wird diesen Prozeß aufhalten. Ich möchte, daß wir als Volk wieder frei werden und das Sklavendasein beendet wird. Deshalb bin ich hier und tue all dies.

Ich kläre auch vielfach darüber auf, daß ich als Natürliche Person nicht in Ihre Zuständigkeit falle. Ich bin kein Personal der Firma für die Sie arbeiten. Um dies auch Ihnen verständlich zu machen und endgültig klarzustellen, erhalten Sie mit dem heutigen Datum zur Hinterlegung wissender Beachtlichkeit und zu Ihrer gefälligen Verwendung auch eine:

"Erklärung zum veränderten Personenstand und zu den rechtlichen Konsequenzen" (**Anlage 2**)

sowie:

"Zusatzinformationen zur Erklärung zur Veränderung des Personenstandes" (**Anlage 3**)

Bitte lesen Sie diese Anlagen aufmerksam und rufen Sie mich an, sollten Ihnen einige Dinge nicht klar sein. Es ist sicher leichter verständlich, wenn Sie zu Beginn Anlage 3 lesen.

Ich dachte dies auch schon vorher klar gemacht zu haben, wenn auch nicht so deutlich.

Trotz alledem versuchen einige Mitarbeiter Ihrer Verwaltung (z.B. Frau Goßmann) Gesetze auf schikanöse Art (Verletzung BGB § 226) trotz Unzuständigkeit und Belehrung darüber anzuwenden.

Wenn Sie sich schon für "zuständig" halten, dann halten Sie sich doch bitte an Ihre eigenen Gesetze!

Ich bin eben kein Sklave im Status einer Sache oder Personal, mit dem man nach belieben verfahren kann.

Ich hoffe nun endlich, daß aus dieser Erklärung hinreichend klargestellt ist, welchen rechtlichen Status ich in Anspruch nehme und was meine Motive sind. Ich bin lediglich bestrebt dem Allgemeinwohl zu dienen. Gern

möchte ich mit Ihnen lieber auf konstruktive Art zusammenarbeiten. Dann wären derartige Mißverständnisse und "Hausverbote" völlig unnötig. Bislang hatte ich mich nicht GEGEN etwas gewandt, ich versuche mich immer erst FÜR etwas Positives einzusetzen.

Im **Anhang 4** gebe ich Ihnen eines dieser Beispiele schikanöser und rechtsfehlerhafter Gesetzesanwendung zur Kenntnis. Auch dieser Vorgang ist ein Beispiel und auch wieder nur ein Grund für die Differenzen und die unrichtigen oder halbweisen Behauptungen Ihrer Mitarbeiter.

Ich wies mehrmals auf friedliche Art auf diese Rechtsverletzungen hin und ersuchte um Heilung dieser Fehler in Ihrer Verwaltung. Diesem Ersuchen ist nicht nachgekommen worden, im Gegenteil. Auf vielfach überhebliche Art wurde und wird diktatorisch geltendes Recht gebeugt.

Das Beispiel im Anhang 4 beweist dies deutlich. Gerade wir Deutschen sollten doch sensibilisiert für aufkommende Diktaturen sein! Die schon eingeschlagene Richtung müßte uns doch bekannt vorkommen!

Wenn Mitarbeiter Ihrer Verwaltung in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit Bußgeld"bescheide" erstellen, die weit ab der Formvorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes sind, nur um Haftungsfolgen dieser schikanösen Taten zu umgehen, dann ist das "Rechtsbeugung im Amt" in Ihrer Rechtsordnung und erfüllt weitere Straftatbestände (z.B. §§ 126, 129, 257, 259, 260, 260a, **263, 344, 345 StGB**)

Wenn Sie dabei oben im Briefkopf erwähnt sind, die Frau Goßmann als Ansprechpartner genannt ist (und Sie ist sicher auch der Aussteller dieses Bußgeld"bescheides"), dann von ihr der Herr Bielig als Unterzeichner des "Bescheides" genannt wird (der den "Bescheid" das erste mal sah als ich ihm den zeigte) und dann jemand namentlich nicht Erwähntes unbefugt und wahrscheinlich als nicht Zeichnungsberechtigter in Vertretung unleserlich unterschreibt (was auch die Frau Goßmann selbst gewesen sein könnte, obwohl Herr Bielig nach der Inaugenscheinnahme meinte, es könnte auch sein Stellvertreter gewesen sein), dann wird hier geltendes Recht (VwVfG § 37) gebeugt (Straftat nach StGB § 339 "Rechtsbeugung im Amt") und es wird dann als nächster Straftatbestand "Verfolgung Unschuldiger" und dann später "Vollstreckung gegen Unschuldige" (Straftaten nach §§ 344 und 345 StGB) auf Grund von nichtigen (§ 43 Abs.3 VwVfG) Bußgeld"bescheiden" betrieben. Allesamt schwere Straftaten!

Sollte ich die lieber zur Anzeige bringen und strafrechtlich verfolgen lassen? Oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen oder ein Berufsunwürdigkeitsverfahren nach Bundesdisziplinargesetz bemühen? Sollte ich Sie oder Ihre Mitarbeiter persönlich auf Schadensersatz verklagen? Sollte ich Sie später vor unser eigenes (noch: Schieds-)Gericht stellen lassen? Soll ich sehen, wie Sie damit umgehen? Wenn Sie dies wollen, sagen Sie es mir. Die Dinge haben ja noch Zeit und verjähren nicht so schnell. Wie können aber auch ganz respektvoll offen aufeinander zugehen und vernünftig reden.

Wenn Sie unsere genehmigte Vereins- und Stiftungsverfassung lesen, wird Ihnen vielleicht auffallen, daß mir eigene Legislative, Judikative und Exekutive gestattet wurde und zudem die Proklamation der Rechtsnachfolge des in der Vergangenheit handlungsunfähig untergegangenen Staates (Sukzession) erlaubt und gemeinnützig beschieden wurde. Man glaubt, daß die von mir geschaffenen Institutionen die bisher am weitest entwickelten und vollendetsten alternativen Strukturen sind und das dies eine Möglichkeit ist, daß Volk zu motivieren sich endlich selbst vom Joch der Besatzer zu befreien, sich eine Verfassung zu geben usw. Pacta sunt servanda. Sie können noch gar nicht abschätzen, welche weitreichenden Folgen dies haben wird.

Daß diese erwähnten Straftaten, von Ihren Mitarbeitern begangen, bei wiederholter Verweigerung der ladungsfähigen Anschriften und trotz mehrmaliger meinerseitsiger Aufforderung die Polizei zu rufen, der mehrmaligen Weigerung trotz Aufforderung, mich auf die naheliegende Polizeiwache zu begleiten, der anschließend mehrmaligen vorherigen Belehrung, daß dieses Verhalten dann zwangsläufig die folgende Anwendung des §127 StPO nach sich zieht und dann zu dieser von Ihnen halbwegs geschilderten Problematik führte, ist nicht mein Verschulden, sondern die überhebliche Unkenntnis Ihrer Mitarbeiter.

Ich belehrte Frau Theile zudem mehrmalig, daß Sie nicht berechtigt ist Widerstand zu leisten, ich jedoch nach dem Gesetz berechtigt bin auch Zwang auszuüben, ich ihr gar die Gesetzbücher dazu mitbrachte um sie die Vorgänge prüfen zu lassen. Sie ignorierte dies!

Ich wies Sie auf den § 34 (2) VwVfG "Die Behörde hat alle für den Einzelfall bedeutsamen, auch die für die Beteiligten günstigen Umstände zu berücksichtigen" hin. Sie meinte, daß Sie dies nicht interessiere. Ich wies Sie auf ihren Dienst hin, diese Gesetze zu befolgen.

Ich wies sie auf das Urteil des OLG Koblenz vom 17.07.2002 hin (Aktenzeichen: 1U 1588/01)

Ich zitiere:

"... Für die Beurteilung des Verschuldens im Sinne des § 839 BGB gilt ein objektivabstrakter Sorgfaltsmaßstab. Danach kommt es auf die Kenntnisse und Einsichten an, die für die Führung des übernommenen Amtes im Durchschnitt erforderlich sind, nicht aber auf die Fähigkeiten, über die der Beamte tatsächlich verfügt. Dabei muss jeder Beamte die zur Führung seines Amtes notwendigen Rechts- und Verwaltungskenntnisse besitzen oder sich diese verschaffen. Ein besonders strenger Sorgfaltsmaßstab gilt für Behörden, die durch den Erlass von Bescheiden selbst vollstreckbare Titel schaffen. Eine objektiv unrichtige Gesetzesauslegung oder Rechtsanwendung ist schuldhaft, wenn sie gegen den klaren und eindeutigen Wortlaut der Norm verstößt ..."

Ich legte ihr Gesetze und Dokumente vor, die sie prüfen sollte, um ihr zu zeigen, daß diese bei ihr auf dem Tisch liegenden und auch zukünftige Aufgaben (der im Anhang befindliche Bußgeld"bescheid") in ihrem rechtlichen Gehalt zweifelhaft seien. Sie ignorierte vorsätzlich jede Prüfung.

Ich brachte Ihr zudem unsere Vereins- und Stiftungsverfassung mit, aus der ersichtlich ist, daß ich in Selbstverwaltung eigene staatliche Strukturen aufzubauen sogar gemeinnützig bescheidet erhalten habe.

Daß es immer größere Spannungen in der Gesellschaft gibt, die es zu lösen gilt, dürfte auch Ihnen sicher schon aufgefallen sein.

Sie können sich im Internet auf der Seite [NeuDeutschland.org](http://NeuDeutschland.org) über unsere Möglichkeiten eines eigenen Verwaltungs- und Staatsaufbaus in Selbstverwaltung informieren. Sehen Sie dort unsere Vereinsverfassung ein. Bislang arbeitete ich schon mit verschiedenen Bundesstellen zusammen und wir erreichten und feststellten in vielen Bereichen eine gegenseitige "Unzuständigkeit". Auch mit der Stadtverwaltung könnte ich mir Derartiges vorstellen um künftigen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Das verlangt jedoch eine ehrliche Auseinandersetzung und Gespräche.

Ich wies Frau Theile auch auf ihre Remonstrationspflicht hin. Sie ignorierte auch dies. So bestand für mich leider trotz wiederholter Versuche einer friedlichen Lösung keine Möglichkeit einen Konflikt zu vermeiden. Gern hätte ich den vermieden. Die Frau tut mir auch leid und ich versuchte mich schon sogar in Gegenwart des Herrn Zugehör bei ihr zu entschuldigen. Sie ist ja nur als Vollstreckende und Unterschreibende die Leidtragende der Rechtsverletzungen anderer Mitarbeiter. Auch dies brachte ich zum Ausdruck.

Gemäß § 357 StGB sind jedoch auch Sie persönlich als OB dafür haftbar. Lesen Sie bitte im Interesse Ihrer eigenen Rechtssicherheit und zur Abwendung von eventuellen Schadensersatzansprüchen die angeführten Gesetze. Unkenntnis schützt vor Strafe nicht, vor allem wenn man in der öffentlichen Verwaltung tätig ist.

Gemäß BverfGE 61, 149 ist das "Staatshaftungsgesetz" für nichtig erklärt worden und § 839 BGB "Haftung bei Amtspflichtverletzung" oder auch § 823 "Schadensersatzpflicht" ist anzuwenden. Somit ist jeder Mitarbeiter persönlich haftbar für diese Rechtsverletzungen. Auch das Beamtenstatusgesetz führt im § 36 auf: "Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung". Dies trifft gemäß § 11 Punkt 2 StGB auf alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung zu.

Wiederholt bemühte ich mich um ein friedliches Miteinander unserer beider Verwaltungen. Vielleicht ist es ja nun möglich auf ehrliche Art miteinander ins tiefere Gespräch zu kommen? Muß es erst so weit kommen? Ich denke, so sollte es nicht sein. Sicher finden wir einen respektablen Weg gegenseitiger Achtung und Anerkennung.

Nun möchte ich im Einzelnen noch auf die halbweisen Behauptungen in Ihrem Schreiben eingehen. Dabei werde ich Ihre Ausführungen anführen, und dann die tatsächlichen Gegebenheiten aus meiner Sicht schildern:

*"Als Frau Theile telefonsich den Fachbereich innerer Service informieren wollte, drückten Sie das Telefon aus"*

Vorher forderte ich Frau Theile mehrmals auf, die Polizei zu rufen. Sie weigerte sich. Dann nahm ich den Telefonhörer in die Hand und wollte selbst den Notruf der Polizei wählen. Frau Theile drückte daraufhin das Telefon aus. Dann wollte sie den inneren Service anrufen und ich drückte aus. Ich forderte sie wiederum auf,

die Polizei zu rufen. Sie lehnte ab.

*"Auf die Aufforderung das Telefon nicht zu berühren, reagierten Sie laut und unbeherrscht"*

Ja, ich forderte Frau Theile energisch auf, mir ihre ladungsfähige Anschrift im Sinne des PolG "ladungsfähige Anschrift" mitzuteilen oder mit auf die Polizeiwache zu kommen. Ich forderte sie nun etwas lauter auf die Polizei zu rufen. Auf sanfte Aufforderungen hatte sie ja nur ignorant reagiert und ich wollte ja nicht so weit gehen wie ich nachher letztendlich doch handeln mußte.

*"In der Folge erklärten Sie, dass Sie Frau Theile gem. §127 StPO vorläufig festnehmen wollen. Dabei haben Sie Frau Theile tätlich angegriffen und am rechten Unterarm verletzt."*

Ja, dies erklärte ich der Frau Theile. Dabei erklärte ich Ihr auch, daß Sie mir auch ihre ladungsfähige Anschrift mitteilen könne, wenn Sie doch sicher sei, daß Ihr Handeln richtig sei. Zudem forderte ich Sie auf die Polizei zu rufen oder mich auf die Wache zu begleiten. Sie lehnte mehrfach ab. Dann belehrte ich Sie über die "vorläufige Festnahme" und belehrte sie darüber, daß Sie gemäß des Kommentars der StPO nach Mayer-Goßner (siehe Anhang) als auch gemäß § 229 BGB diese vorläufige Festnahme widerstandslos zu dulden habe. Sie weigerte sich trotzdem auch nur den Ausführungen oder den Aufforderungen zu folgen. Erst nach mehrmaligen Versuchen der verbalen Aufforderung und Aufklärung packte ich Frau Theile am Arm um sie von Ihrem Stuhl zu erheben. Sie weigerte sich aufzustehen und riß sich los. Dabei entstand ihre geringe Verletzung. Sie ist aufgrund ihrer ungerechtfertigten Handlung ihrer unerlaubten vermeintlichen Notwehr geschehen und war von mir keinesfalls beabsichtigt.

*"Sie haben Frau Theile das Wort verboten und beleidigende Äußerungen getätigt"*

Ich habe ihr höchstens gesagt, daß Sie ruhig sein soll, weil Sie sich sehr aufregte und hysterisch wurde und weil ich ihr nochmals die rechtlichen Gründe für mein Handeln erläutern wollte. Sie ignorierte wiederum und dann habe ich vielleicht in der Hektik erwähnt, daß sie sich ignorant und vielleicht auch dämlich (von damenhaft) verhalte. Dessen bin ich mir aber nicht mehr bewußt. Ich halte es nur für möglich.

*"Es kam sodann zu einem erneuten tätlichen Übergriff auf Frau Theile durch Anpacken am Arm."*

Wiederholt belehrte ich und versuchte Frau Theile zum Folgen auf die Polizeiwache zu bewegen. Ich wies darauf hin, daß Sie doch prüfen könne und daß sie mir ruhig folgen könne, wenn sie der Meinung wäre, all ihr Handeln wäre rechtlich richtig. Auch ihre Kollegin könne doch mitkommen.

*"Auf mehrfache Aufforderungen das Büro zu verlassen, haben sie nicht reagiert."*

Natürlich habe ich reagiert. Ich bat Frau Theile mir beim Verlassen des Büros zu folgen. Zudem ist dies ein öffentliches Büro, ich hatte noch keine rechtlich saubere Klärung herbeiführen können, hatte keine Erklärungen über ihre klare rechtliche Meinung und Gesetzesauslegung gehört, keine Rechtsmittelbelehrung erhalten, die VwVf-Vorschriften, das BGB und HGB wurden nicht richtig beachtet und ich wollte nichts Böses. Welchen Grund sollte es geben? Willkür einfach hinnehmen? Wie würden Sie damit umgehen? Der Bürger soll immer fleißig zahlen und die Klappe halten, oder was?

Dann sehe ich schon bald wieder alle marschieren.

Die Hysterie der Frau Theile, die in meine Persönlichkeitsrechte trotz Belehrung ungerechtfertigt aus meiner Sicht eingriff und die keine Bestrebungen hatte mir zuzuhören oder mich vom Gegenteil zu überzeugen, einfach hinnehmen?

*"Der Bürgermeister Herr Zugehör forderte Sie daraufhin zum Verlassen des Hauses auf und erteilte Ihnen Hausverbot. Trotz des erteilten Hausverbots kamen Sie an dem Tag noch einmal in das Neue Rathaus, um Frau Theile aufzusuchen"*

Darf das jeder? Darf das nicht nur der Hausherr und sind das nicht Sie selbst Herr Naumann? Jetzt haben Sie das ja rechtswirksam nach Ihrer Rechtsordnung getan. So halte ich mich nun auch gern daran. Zudem wollte ich mich nur bei Frau Theile für die Unannehmlichkeiten entschuldigen, da ich die Sache nicht persönlich nehme und ich ja auch weiß, daß Sie von der Situation eventuell etwas überfordert war. Dazu brachte ich eine weiße Rose mit, die ich einer Mitarbeiterin von ihr geben wollte, die diese jedoch in der Annahme verweigerte. Als ich gerade unverrichteter Dinge wieder gehen wollte, traf ich die Frau Theile mit dem Herrn



Zugehör im Flur. Dort lehnte Sie jedoch wiederum eine Entschuldigung ab und nahm auch die Rose nicht an. Ich wies sie nochmals darauf hin, daß Sie einfach nur die Polizei hätte rufen können und es wäre dann gar nicht so weit gekommen. Es wäre also auch in ihrer Mitverantwortung so geschehen.

*"Am 19.10.2010 kam es gegen 10.30 Uhr zu einem weiteren Zwischenfall. Diesmal suchten Sie die Mitarbeiterin Frau Carolin Rehahn auf. In dem Gespräch drohten Sie an, dass Sie "beim nächsten Besuch nicht allein kommen, sondern mit 10 Mann und Handschellen."*

Das ist so nicht korrekt.

Ich brachte der Frau Rehahn den im Anhang befindlichen Bußgeldbescheid zur Ansicht mit, brachte ihr Auszüge der Kommentare der Gesetzestexte des VwVfG und der StPO (**Anhang 5**) mit, sie kopierte diese, ich zeigte ihr nochmals den rechtswidrigen und nichtigen Bußgeld"bescheid", sagte ihr, daß dies wieder bei der Frau Theile auf dem Tisch liegen könnte, es dann wieder "Rechtsbeugung im Amt", "Verfolgung Unschuldiger" und "Vollstreckung gegen Unschuldige" nach §§ 339 344,345 StGB wäre und zu den gleichen Problemen führen könnte. Ich fragte Sie, wie Sie denn an meiner Stelle reagieren würde? Ich fragte sie: "Dann muß ich wohl nächstes mal mit 10 Mann und Handschellen kommen, um die dann wieder ungerechtfertigte Widersetzung gegen die vorläufige Festnahme durchzusetzen? Wollen Sie dies so?"

All dies geschah in völlig ruhigem und sachlichen Ton. Die Frau Rehahn hörte aus meiner Sicht aufmerksam und interessiert zu. Sie befragte mich noch zu meiner ehemaligen OB-Kandidatur.

Das sollte in keinem Falle ein Drohung sein. Es war eine Frage und der Versuch, mich an geltendes Recht zu halten, einer wiederholten Rechtsverletzung vorzubeugen und ein Problem dieser Art nicht erneut erfahren zu müssen. Ich wollte den im Anhang 4 befindlichen Bußgeld"bescheid" auf friedlichem Weg aus der Welt schaffen oder einen den Formvorschriften des BGB und des VwVfG entsprechenden "Bescheid" erhalten.

Wie kommen Sie nur auf solche Behauptungen. Ich bin in der Regel ein friedliebender Bürger.

Sicher habe ich einen starken Gerechtigkeitsinn. Deshalb setze ich mich auch so für die Allgemeinheit ein und arbeite 60 - 80 Stunden für sehr kleines Geld um Verbesserungen in unserer Gesellschaft zu bewirken.

Ich setze mich sogar für die ein, die mich als "Problem" empfinden und gar nicht verstehen wollen, was und wofür ich dies tue. Ich kann jedoch nicht auf derartige "Problembürger" und ihre Begrenzungen eingehen.

Meine Motivation ist bedingungslose Liebe für die Menschheit. Können Sie das anhand meiner umfassenden gemeinwohlorientierten Taten nicht nachvollziehen? Bitte informieren Sie sich eingehend darüber, so daß es nicht wieder zu solchen Mißverständnissen kommen kann.

Ist es vielleicht auch so, daß Sie mir ein Hausverbot erteilten, weil es Ihnen Schwierigkeiten bereitete, daß ich Ihre Mitarbeiter über die bestehenden Gesetze und Vorschriften des VwVfG und der StPO aufklärte?

Haben Sie Angst, daß Ihre Mitarbeiter in der Verwaltung bemerken, wem sie in Wahrheit dienen und warum die Verfahrensvorschriften nicht geachtet werden? Haben Sie Angst, daß Ihre Mitarbeiter darauf kommen, daß diese Vorschriften nicht beachtet werden, um die Mitarbeiter vor Haftungsfolgen zu schützen? Haben Sie Angst, daß Ihre Mitarbeiter ihre Tätigkeit tiefer hinterfragen und selbst tiefer nachdenken und daß dies Ihrer Verwaltung Probleme bereiten könnte?

*"Am 12.2.2009 und 13.2.2009 war es bereits zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Auch damals beabsichtigten Sie, die Mitarbeiter der Vollstreckung zu "verhaften", bedrohten und beschimpften die Mitarbeiter"*

Das ist so nicht zutreffend. Es fanden weder Bedrohungen noch Beschimpfungen statt. Der Herr Grosche handelte damals völlig korrekt gemäß dem Gesetz und folgte ohne Widerstand zur nahegelegenen Polizei. All dies lief damals doch sehr sittsam ab. Zudem handelte es sich um kein "verhaften" sondern eine "vorläufige Festnahme" nach erfolgter Belehrung und Zitierung des genauen Wortlautes des § 127 StPO.

Die Worte des Herrn Grosche waren damals: "Na dann muß ich jetzt wohl mitkommen" und dann gingen wir.

*"Nach alledem haben Sie meine Mitarbeiter mehrfach beleidigt, bedroht und angegriffen."*

Dies ist wiederum nicht richtig. Ich klärte lediglich über bestehende Deutsche Gesetze auf, zitierte diese und handelte nach diesen Vorschriften. Diese Gesetze wurden geschaffen, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, einer Diktatur wie zur Nazizeit schon in den Anfängen entgegenwirken zu können.

"Wehret den Anfängen" hörte ich meine Oma und auch meine Mutter immer sagen.

Ich hoffe, Sie erkennen auch selbst schon wiederum ähnliche Tendenzen. Ich möchte nur verhindern, daß jeder nur wieder, ohne Verantwortung zu übernehmen, lediglich "seinen" Job macht und ein unwissendes,

höriges Werkzeug in den Händen weniger unsichtbarer Mächtiger wird, die kein Interesse am Allgemeinwohl haben. Wenn es so weitergeht, gehen wir wieder in Richtung einer NS-artigen Diktatur. Schauen Sie einmal nach Frankreich, Griechenland, England ... oder Stuttgart. Da wurden Kinder und alte Menschen auf einer angemeldeten friedlichen Demonstration schwerst verletzt. So etwas vertreten Sie mit? Und alle machen dabei mit und einfach nur brav ihren Job. Werden bald wieder Gewehre in die Hand genommen? Die Gesetze dafür wurden ja schon zurechtgebogen.

*"Dies wird nicht geduldet. Zum Schutz der Mitarbeiter vor weiteren Übergriffen wird das Hausverbot angeordnet."*

Wie wäre es denn, meine Persönlichkeitsrechte zu achten, Ihre "Zuständigkeit" nach Prüfung der Anzeige der Erklärung zum veränderten Personenstand und der Vereinsverfassung von NeuDeutschland zu überdenken, den "Bürge(r)n" rechtsfähige "Bescheide" zukommen zu lassen und sich in Ihrer Verwaltung an die eigenen Gesetze zu halten? Dann würde es all das gar nicht geben!  
Den zu Ihrer Verwaltung gehörigen Untertanen (Sklaven/Sachen) können Sie ja gern weiter rechtsfehlerhafte "Bescheide" zukommen lassen. Diese wählen dies ja auch so, besitzen einen Bundespersonalausweis und beantragen von Ihnen verwaltet zu werden. Jeder ist für sich selbst verantwortlich.

Wenn Sie, bevor Sie Verwaltungsakte erlassen die in meine Rechte eingreifen, mich gemäß § 28 (1) VwVfG anhören und die Ermittlungsgrundsätze des § 24 VwVfG beachten würden, dürften wir überhaupt keine Schwierigkeiten haben. Auch wären gemeinsame Absprachen bei der Umgestaltung einiger reformbedürftiger Angelegenheiten hilfreich.

Ich könnte auch eine Streitgenossenschaft nach §§ 59 ff ZPO gründen, eine Klage in ungefähr 100 Verfahrenspunkten gegen Ihre Verwaltung oder die Bundesrepublik anstreben die von den Gerichten der BRD nicht angepackt wird, weil sie nach "Rechtsstaatprinzipien" von der Bundesrepublik nicht gewonnen werden kann, eine Schadensersatzklage damit verbinden und dann mit gegenseitiger Aufrechnung nach BGB und Völkerrecht (A-RES) ein gegenseitiges "zwangsweises" Patt auch in und mit Ihrer Rechtsordnung erreichen. Dann könnte ich hunderte oder tausende Menschen in diese Streitgenossenschaft holen und Ihre Verwaltung in arge Not bringen. Ich könnte aufgrund meiner umfassenden Kenntnisse im Bereich Recht Sie oder Ihre Mitarbeiter auf`s juristische Glatteis holen und dann könnte ich meine Exekutive im Recht ausbilden und in den Verfahrensweisen der Anwendung des § 127 StPO. Da gäbe es dann sicher viel zu tun. Alles schön nach bundesrepublikanischem Recht, Herr Naumann.

Ich könnte Sie auch mit einer Bürgerinitiative nerven, könnte bei der Einwohnerfragestunde viele unbequeme Fragen stellen oder auch stellen lassen, Einwohneranträge und Bürgerbegehren initiieren und dergleichen, oder den Menschen in Ihrer Verwaltung im großen Stil aufzuzeigen, welche Verfahrensfehler gemacht werden und warum. Fragen Sie sich doch einmal, warum ich all dies NICHT tue!

**Ich habe (noch) keinerlei Interesse an derartigen Dingen!**

Ich möchte, so lange ich kann, mit den Menschen in der Verwaltung der Bundesrepublik, einvernehmlich und respektvoll zusammenarbeiten und keine Fronten aufbauen. Ich möchte lieber Positives gestalten. Wir sind ein Volk und "Teile und Herrsche" tut uns allen nicht gut.

Wenn Sie meine Rechte respektieren und sich an die Gesetze halten, kann es nicht zu sogenannten "Übergriffen" kommen, die gar keine sind. Ich versuchte nur meine eigenen Rechte und auch Ihre zu schützen. Bislang habe ich mich immer auf friedliche Art mit der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes einigen können, erkennen doch viele Menschen in den obersten Bundesstellen anhand meiner Taten meine ehrlichen Bemühungen einer Gesellschaftsreformation. Gern gebe ich Ihnen diese Schriftwechsel zur Ansicht.

Diese Menschen setzen sich auch intensiv damit auseinander. Gerade Sie hier, als Oberbürgermeister der Lutherstadt, sollten sich doch über so viel Reformtätigkeit freuen können.

"These 96: Höre nie auf quer zu denken", las ich auf einem Banner an der Schloßkirche.

Sicher ist Reformation hin zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung unbequem für die Reformunwilligen und die Nutznießer an der Lohnsklaverei.

Wem dienen Sie Herr Naumann, den Menschen oder dem System der zunehmenden Unterdrückung?

Zudem sollten Sie doch wohl den § 28 VwVfG anzuwenden haben, der Ihnen vorschreibt, eine Äußerung über erhebliche Tatsachen meinerseits einzuholen, **bevor** Sie einen Verwaltungsakt (das Hausverbot) erlassen, der in meine Rechte eingreift. Wieder haben Sie Ihre eigenen Gesetze mißachtet, deren Befolgung

Sie beeidet haben. Wovor haben Sie Angst? Daß Ihre Verwaltung nicht mehr "richtig" arbeitet? Vielleicht lesen Sie einmal den Kommentar zum VwVfG von Kopp/Ramsauer. Dann begeben Sie sich nicht in Gefahr solche Fehler zu begehen. Siehe auch das oben schon zitierte Urteil des OLG Koblenz vom 17.07.2002 (Aktenzeichen: 1U 1588/01). Ich kann ja verstehen, daß es vielleicht sogar unmöglich ist all diese Vorschriften zu befolgen. **Aber Sie haben einen Diensteid abgelegt alle diese Gesetze zu befolgen.** Ist sicher nicht einfach – vor allem mit solchen Bürgern wie mir, die sich nicht nur wie blökende Schafe verhalten :-)

Gern möchte ich mich mit Ihnen und auch Ihren Mitarbeitern auseinandersetzen, um im Dienste am Allgemeinwohl etwas zu leisten, was doch gerade hier in Wittenberg möglich sein sollte. Sind Sie an einer friedlichen neuen Reformation der Gesellschaft interessiert? Sie könnten Geschichte schreiben, Herr Naumann, denken Sie einmal ernsthaft darüber nach.

*"Es liegt nicht nur im Interesse eines störungsfreien Dienstbetriebes, sondern auch im Interesse der Mitarbeiter und anderer Besucher des Neuen Rathauses gegenüber Personen, die Mitarbeiter bedrohen, beleidigen und angreifen, Maßnahmen zum Schutz des Dienstbetriebes zu ergreifen."*

Ich habe niemanden bedroht, beleidigt oder angegriffen, sondern meine eigenen Rechtsgüter und die anderer Bürger gemäß § 227 (2) BGB geschützt.

"Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden."

Sie als Hauptverantwortlicher lassen in Tatgemeinschaft mit ihrer Verwaltung rechtswidrige Angriffe auf mein Eigentum aufgrund nichtiger, unwirksamer (vgl. § 43 (3) VwVfG) "Bescheide" zu. Gemäß StGB § 344 (2) Punkt 2 ist schon der Versuch strafbar.

Zudem lesen sie bitte einmal aufmerksam StGB §§ 253, 263 und vor allem 339, 344 und 345, als auch BGB §§ 823, 826, 839, 840, 842.

Deshalb war die Anwendung des § 127 StPO (auch §229 BGB) verhältnismäßig und gerechtfertigt. Dazu muß nicht einmal § 227 BGB oder StGB §§ 32, 34 bemüht werden.

Hören Sie und Ihre Verwaltung auf, ohne vorherige Anhörung auf unrechte Art in meine Rechtssphäre einzudringen. Dann haben Sie oder Ihre Mitarbeiter niemals so etwas zu erwarten, was Sie mir hier unrichtiger Weise unterstellen getan zu haben.

Wenn Sie die anderen Untertanen so behandeln ist das deren Sache. Da können Sie ihren Dienst "betrieb" (da haben Sie sogar eine rechtlich korrekt gewählte Ausdrucksweise verwendet: als die Verwaltung einer Firma) gern weiterhin ausüben und über Sachverhalte (Verhältnisse von Sklaven/Sachen untereinander) befinden. Mit mir sprechen Sie über Tatsachen und da habe ich einfach nur auf verhältnismäßige Weise Maßnahmen ergriffen, um einen gegenwärtigen und auch zukünftigen rechtswidrigen Angriff abzuwehren.

*"Das Hausverbot ist verhältnismäßig"*

Das wäre es, wenn die Behauptungen den Tatsachen entsprechen würden. Das tun sie aber nicht.

*"Durch Ihren Übergriff und Ihr Verhalten haben Sie gezeigt, dass Sie nicht willens und in der Lage sind, Rechtsgüter anderer Personen zu respektieren."*

Wer hier Rechtsgüter verletzt sind Ihre Untergebenen in Tateinheit und Verantwortung mit Ihnen in der Organisationsform einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB. Ich habe keine Rechtsgüter verletzt, ich habe Rechtsgüter geschützt. Sie verdrehen die Tatsachen. Gemäß § 164 StGB (Falsche Verdächtigung) wieder eine Rechtsverletzung. Hätten Sie mich gemäß § 28 (1) VwVfG vorher angehört (wie es den Vorschriften entspricht) dann wäre es gar nicht so weit gekommen. Sie sehen, all diese Gesetze haben einen tieferen Sinn. Sie sollen uns vor Fehlern und Diktatur bewahren.

*"Da nach Ihrem bisher gezeigten Verhalten auch in Zukunft wieder mit Störungen zu rechnen ist, ist das Hausverbot erforderlich, um erneute Vorfälle zu verhindern. Sie haben bei allen Ihren bisherigen Vorsprachen in der Verwaltung vollkommen unangemessen reagiert, es besteht damit eine Wiederholungsgefahr für die Zukunft."*

Ja, Herr Naumann, jetzt übertreiben Sie maßlos. Hören Sie auf mich zu beleidigen (§185 StGB), mir übel nachzureden (StGB § 186) und mich zu verleumden (StGB § 187)! Schon wieder § 127 StPO? Auch noch schriftlich und von Ihnen unterschrieben! Bessere Beweise gibt es wohl kaum noch.

Es ist sicher unangenehm für Sie, wenn ein Bürger hilft, einen Teil Ihrer Arbeit zu machen, das Wohl der Gemeinde fördert, Arbeitsplätze schafft, anbietet, auf eigene Kosten Spielplätze zu sanieren, den Stadthaushalt entlasten will und könnte, eine freie Schule schaffen will, Ihren Mitarbeitern Verwaltungsvorschriften erläutert usw. Auch für derartige Vorsprachen war ich schon oft in Ihrer Verwaltung. Ihre Mitarbeiter fanden diese Vorsprachen nicht "vollkommen unangemessen". Sie selbst empfinden das wohl so, weil Sie kein EHRLICHES Interesse am Gemeinwohl haben? Sie verwalten wohl lieber Untertanen die keine Kenntnisse im Bereich Recht haben? Ja, damit störe ich sicher Ihren Dienstbetrieb etwas. Ich habe lediglich in drei Fällen von weit über 100 Besuchen in Ihrer Verwaltung "Vorfälle" und "Störungen" verursacht, die allesamt rechtlich richtig und aufgrund der Umstände und Rechtsverletzungen Ihrer Mitarbeiter angemessen waren. Glauben Sie was Sie schreiben oder sind Sie einfach nur falsch informiert worden? Sollte dies so sein, ignorieren Sie meine Fragen in diesem Absatz.

Vielleicht nehmen Sie das Hausverbot ja auch zurück, ich bin keine Gefahr für Ihre Mitarbeiter oder Ihre Verwaltung, wenn Sie einfach nur ehrlich mit mir reden.

Ich habe auch kein Interesse daran Ihre Verwaltung zu destabilisieren. Die Zeit ist noch nicht reif für große Veränderungen. Es gibt noch nicht genügend gefestigte Alternativen zu den bestehenden Systemstrukturen. Es wäre schon gut, diese noch eine Weile am Leben zu erhalten. Wie lange diese Dinge noch so weitergehen werden wir sehen. Es bröckelt schon an allen Enden.

Bitte gestatten Sie mir eine respektvolle gemeinsame Zusammenarbeit mit Ihnen. Druck erzeugt nur Gegendruck und Ignoranz führt zu leidvollen Erfahrungen, auf beiden Seiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Peter Fitzek

Anlage 1: Kopie eines Versuches der Zusammenarbeit

Anlage 2: Erklärung zum veränderten Personenstand und zu den rechtlichen Konsequenzen

Anlage 3: Zusatzinformationen zur Erklärung zur Veränderung des Personenstandes

Anlage 4: Schikanöser, rechtsfehlerhafter und nichtiger Bußgeldbescheid der Frau Goßmann

Anlage 5: Auszüge aus dem Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz und der Strafprozeßordnung

Anlage 6: Auszüge aus unserer Vereinsverfassung (Stiftungsverfassung weitestgehend gleichlautend)

**Lutherstadt Wittenberg**  
Der Oberbürgermeister



Lutherstadt Wittenberg • IS • 06886 Lutherstadt Wittenberg

Herrn  
Peter Fitzek  
Gartenstraße 13  
OT Nudersdorf  
06889 Lutherstadt Wittenberg

FB: Innerer Service  
- Fachbereichsleitung -  
Frau Eichler  
Termine nach Vereinbarung  
Raum 3. 06  
03491 421-3 30  
Fax 03491 421-7 75  
Buergerbuero@Wittenberg.de  
www.Wittenberg.de

08.11.2010

bitte immer angeben

10 eich-bl

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht vom

**Ihr Schreiben vom 02.11.2010**

Sehr geehrter Herr Fitzek,

ich bestätige den Eingang Ihres Widerspruches vom 02.11.2010.

Die abschließende Bearbeitung Ihres Widerspruches wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen;  
Sie erhalten gesondert Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Eichler

Seite 1

Dienstgebäude  
Neues Rathaus  
Lutherstraße 56

alle-pc/brief-af.dot (03/02)

Postanschrift  
Lutherstadt Wittenberg  
Der Oberbürgermeister  
Lutherstraße 56  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Bankverbindung  
Konto 19  
BLZ 805 501 01  
Sparkasse Wittenberg

Öffnungszeiten Bürgerbüro  
Mo – Do 8:00 – 18:00 Uhr  
Fr 8:00 – 12:00 Uhr  
Sa 9:00 – 12:00 Uhr



Lutherstadt Wittenberg • IS • 06886 Lutherstadt Wittenberg

**Zustellung mit Zustellungsurkunde**

Herrn  
Peter Fitzek  
OT Nudersdorf  
Gartenstraße 13  
06889 Lutherstadt Wittenberg

FB Innerer Service  
- Fachbereichsleitung -  
Frau Eichler

Termine nach Vereinbarung  
Raum 3. 06  
03491 421-3 30

Fax 03491 421-299  
Buergerbuero@Wittenberg.de  
www.Wittenberg.de

11.01.2011

bitte immer angeben

IS-0 eich-bl

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht vom

**Betreff: Bescheid über die Erteilung eines Hausverbots vom 26.10.2010**  
**Bezug: Ihr Widerspruchsschreiben vom 02.11.2010**

**Widerspruchsbescheid**

Sehr geehrter Herr Fitzek,

Ihr Widerspruch vom 02.11.2010 gegen den Bescheid vom 26.10.2010 wird als unbegründet zurückgewiesen.

Die Kosten des Widerspruchsverfahrens sind von Ihnen zu tragen. Dazu ergeht ein gesonderter Kostenbescheid.

**Begründung:**

Die Lutherstadt Wittenberg ist gemäß § 73 Abs. 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) für die Entscheidung über Ihren Widerspruch zuständig.

Mit dem streitgegenständlichen Bescheid vom 26.10.2010 wurde Ihnen für die Dauer von sechs Monaten ein Hausverbot für das gesamte Gebäude „Neues Rathaus“, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg erteilt, weil Sie mehrfach Mitarbeiterinnen der Verwaltung beleidigt, bedroht und sogar verletzt haben.

Mit Ihrem Schreiben vom 02.11.2010 legten Sie gegen die Erteilung des Hausverbotes Widerspruch ein, mit welchem Sie im Wesentlichen geltend machen, dass Sie sich gezwungen sahen, Rechtsverletzungen zu begehen, damit die Verwaltung sich mit Ihren Auffassungen und Ansichten auseinandersetzt. Weiterhin verweisen Sie darauf, dass Sie berechtigt seien, unmittelbaren Zwang gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auszuüben; außerdem berufen Sie sich auf eine Notwehrsituation.

Ihr Widerspruch ist zulässig, sachlich jedoch nicht begründet.

Seite 1

Dienstgebäude	Postanschrift	Bankverbindung	Öffnungszeiten Bürgerbüro
Neues Rathaus	Lutherstadt Wittenberg	Konto 19	Mo – Do 8:00 – 18:00 Uhr
Lutherstraße 56	Der Oberbürgermeister	BLZ 805 501 01	Fr 8:00 – 12:00 Uhr
	Lutherstraße 56	Sparkasse Wittenberg	Sa 9:00 – 12:00 Uhr
	06886 Lutherstadt Wittenberg		

Wird die Nutzung eines Grundstückes zu öffentlich-rechtlichen Zwecken durch einen Dritten gestört, so stellen die im öffentlichen Recht anwendbaren §§ 858 ff, 903, 1004 Abs. 1 Satz 1 BGB eine ausreichende Ermächtigungsgrundlage für die Beseitigung der Beeinträchtigung dar. Dazu gehört auch der Erlass eines Hausverbots gegenüber einem Dritten.

Dem Träger einer öffentlichen Einrichtung stehen insoweit kraft seiner Leitungsbefugnisse die Befugnisse zu, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet und erforderlich sind, um den ordnungsgemäßen Betrieb der Einrichtung sicherzustellen. Dies schließt auch die Befugnis ein, zugelassene Nutzer wegen störenden Verhaltens für die Zukunft von der Nutzung auszuschließen und das Betreten der entsprechenden Räumlichkeiten zu untersagen.

Der Ausspruch eines Hausverbots hat präventiven Charakter, indem er darauf abzielt, zukünftige Störungen des Betriebsablaufes in der Behörde zu vermeiden. Das ausgesprochene Hausverbot hat daher grundsätzlich zunächst die Tatsachen zu benennen, die in vorangegangener Zeit den Hausfrieden gestört haben. Weiter ist anzuführen, dass in Zukunft wieder mit Störungen zu rechnen und das Hausverbot daher erforderlich ist, um solche Vorfälle zu verhindern. Diese Möglichkeit ist insbesondere eröffnet, wenn es durch das Verhalten des Adressaten zu einer beachtlichen, d.h. mehr als leichten und/oder vorübergehenden Beeinträchtigung der öffentlichen Tätigkeit innerhalb der Behörde gekommen ist. Das ist anzunehmen, wenn der Dienstablauf nachhaltig gestört wird, z. B. weil Mitarbeiter beleidigt werden oder der Besucher in nicht hinnehmbarer Weise aggressiv reagiert und mit einer Wiederholung derartiger Vorfälle zu rechnen ist.

Davon ist im vorliegenden Fall auszugehen.

Ausweislich der Ausführungen im streitgegenständlichen Bescheid kam es in der Vergangenheit wiederholt zu zum Teil erheblichen Auseinandersetzungen mit Mitarbeitern der Verwaltung.

In Ihrem Schreiben vom 02.11.2010 räumen Sie ein, dass Sie sich gezwungen sehen, Rechtsverletzungen zu begehen, wenn sich Mitbürger nicht mit Ihrer Rechtsauffassung auseinandersetzen können und wollen. Sie gehen davon aus, dass sich die Mitarbeiterinnen in den Dienststellen dann zwangsweise damit auseinandersetzen müssen, mit dem was Sie tun. Bemerkenswert ist auch Ihr Zitat: „Wer nicht hören will, muss fühlen.“

Bezogen auf die Auseinandersetzung mit der Mitarbeiterin Frau Theile verweisen Sie darauf, dass Sie berechtigt waren, ihr gegenüber Zwang auszuüben und Sie keine andere Möglichkeit hatten, einen Konflikt mit der Mitarbeiterin zu vermeiden. Unstreitig ist auch, dass es durch Sie zu einer Verletzung der Mitarbeiterin Frau Theile kam, weil diese versuchte, sich Ihren Belehrungen und Forderungen zu entziehen.

Im Hinblick auf Ihr Verhalten ist das angeordnete Hausverbot rechtmäßig. Die im Bescheid vom 26.10.2010 aufgezählten Vorfälle sind jedenfalls in ihrer Gesamtheit gravierend genug für ein Hausverbot. Sie haben bei Ihren Vorsprachen im Neuen Rathaus völlig unangemessen reagiert, die Mitarbeiterinnen in nicht hinnehmbarer Weise beleidigt und mit Ihrem Verhalten immer wieder den Dienstablauf gestört.

Nachdem es auch nach Ausspruch des mündlichen Hausverbotes durch den Bürgermeister Herrn Zugehör am 04.10.2010 zu einem erneuten Zwischenfall am 19.10.2010 kam, bestand auch wieder eine Wiederholungsgefahr für die Zukunft.



Schließlich ist das für die Dauer von sechs Monaten ausgesprochene Hausverbot vom 26.10.2010 auch im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht zu beanstanden. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wurde ausreichend beachtet, indem Ausnahmen von dem Hausverbot zugelassen wurden, denn für den Fall, dass Regelungsbedarf hinsichtlich Ihrer Angelegenheiten besteht, wurden Sie auf die vorherige Vereinbarung eines Termins verwiesen. Es ist zumutbar, das Dienstgebäude nur nach Terminabsprache zu betreten. Die Lutherstadt Wittenberg wird so in die Lage versetzt, die ihr geeignet erscheinenden Vorkehrungen für die Wahrnehmung von Terminen durch Sie zu treffen. Auf der anderen Seite werden Sie nicht gehindert, im Einzelfall die notwendigen Behördengänge zu tätigen.

Das besondere Vollzugsinteresse ist ebenfalls gegeben. In Sachverhaltskonstellationen, in denen zur Wiederherstellung der Ordnung zu einem Hausverbot gegriffen werden muss, besteht regelmäßig die Notwendigkeit der sofortigen Vollziehung, wenn nicht das Hausverbot leerlaufen und seine Wirkung verlieren soll. Die sofortige Vollziehung des Hausverbots ist daher erforderlich, um den ordnungsgemäßen Dienstleistungsbetrieb der Lutherstadt Wittenberg mit sofortiger Wirkung zu gewährleisten.

Der Widerspruch ist daher unbegründet und konnte keinen Erfolg haben.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen den Bescheid vom 26.10.2010 in der Fassung dieses Widerspruchsbescheides kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Widerspruchsbescheides Klage beim Verwaltungsgericht Halle, Thüringer Straße 16, 06112 Halle/S. schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichtes erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Naumann